

Fluglärmforum Süd will Planung für Südstarts stoppen

FLUGHAFEN Das neue Betriebsreglement für den Flughafen Zürich sieht Starts nach Süden vor. Dagegen wehrt sich das Fluglärmforum Süd und ruft zum Widerstand auf.

Dieser Sommer ist nicht nur meteorologisch heiss. Auch der Streit um die Verteilung des Fluglärms hat sich in diesen Monaten weiter erhitzt. Vor der Sommerpause legte das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) den Konzeptteil für den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) auf.

Nach den Ferien doppelte das Bazl nach mit dem Vernehmlassungsverfahren für die Betriebsbewilligung 2017 des Flughafens Zürich. Kernpunkt ist die Einführung von Südstarts bei Bisenlage. Diese Starts führen geradeaus über Zürich, Pfannenstiel und Zürichsee. Schon Ende August verlangte das Fluglärmforum Süd (FLFS) Änderungen zu den im SIL festgehaltenen Zielen und Vorgaben für das Netz der Schweizer Flughäfen. Die Vereinigung von Gemeinden und Städten im Süden des Flughafens vertritt die Interessen von rund 300 000 Menschen in den Kantonen Zürich, St. Gallen und Schwyz, die bisher schon von den Südanflügen betroffen sind.

Zehn Mängel aufgelistet

Rund 5000 Bewohner folgten im August und Anfang September mit einer Mustereingabe dem Aufruf zur Stellungnahme. Eine ähnlich wuchtige Einsprache flutet erhofft sich das FLFS jetzt zum Betriebsreglement für den Flughafen Zürich mit der Einführung von Südstarts bei Bise. «Südanflüge geradeaus würden die Bevölkerung im dicht besiedelten Süden des Flughafens zusätzlich stark belasten.» Das sagt Roland Humm, Gemeindepräsident von Maur und Vizepräsident des

FLFS. «Deshalb lehnen wir Südstarts geradeaus vehement ab.»

Mehr Menschen gefährdet

In zehn Punkten listet die Vereinigung «schwerwiegende Mängel» bei der Einführung der Südstarts auf und verlangt einen Verfahrensstopp. Darunter befinden sich Beanstandungen wegen fehlender Rechtskonformität, fehlerhafter Umweltverträglichkeitsprüfung, realitätsfremder Bemessung von Lärmgrenzwerten und vernachlässigter Koordination mit den Flugplätzen Dü-

bendorf und Emmen. Am schwersten wiegen für das FLFS die Sicherheitsaspekte. «Südstarts geradeaus sind mit Blick auf die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner im dicht besiedelten Süden nicht vertretbar», heisst es in der am Freitag veröffentlichten Stellungnahme.

Den Südstarts stünden mit Zürichberg, Adlisberg (Dolder) und Pfannenstiel topografische Hindernisse im Weg. Innerhalb weniger Kilometer müssten die Flugzeuge 400 Meter mehr an Höhe gewinnen als mit den bis-

herigen Starts. Die Routenanpassungen würden zusätzliche 51 000 Menschen stark mit Fluglärm belasten.

Ausserdem erachtet das Forum Südstarts bei Bise für «flugtechnisch nicht sinnvoll, da Starts grundsätzlich gegen den Wind erfolgen». Das FLFS sieht in den Südstarts geradeaus eine Kapazitätssteigerung des Flughafens. Dem Bazl gehe es darum, den Süden nicht nur für Anflüge, sondern nun auch für Abflüge zu öffnen. «Eine solche Flexibilisierung würde auf dem Rücken der Bevöl-

kerung erfolgen», sagt FLFS-Präsident Roland Humm. «Für uns ist das absolut inakzeptabel.»

Die Vernehmlassung dauert bis 2. Oktober. Das FLFS bietet eine Musterstellungnahme auf seiner Website zum Herunterladen an. Auch der Verein Flug-schneise Süd Nein (VSFN) hat gestern eine erste Stellungnahme abgegeben. Die Kritik deckt sich grösstenteils mit jener des Fluglärmforums. Der VSFN bietet ebenfalls eine Mustereingabe ab Website an.

Christian Dietz-Saluz



Das neue Betriebsreglement mit Südstarts, welches das Bazl in die Vernehmlassung geschickt hat, wird vom Fluglärmforum Süd scharf kritisiert. Foto: Keystone

AL-Vorstand will mit Walter Angst ins Rennen

WAHLEN Der Vorstand der Alternativen Liste Zürich schlägt Walter Angst (Bild) als Kandidaten für die Zürcher Regierungswahlen vor. Der AL-Gemeinderat soll an der Vollversammlung am kommenden Dienstag nominiert werden.



Die Vollversammlung der AL vom 28. August hatte mit deutlicher Mehrheit beschlossen, in den Wahlkampf um den Regierungsrat einzusteigen. Der Vorstand stellt nun an der Vollversammlung vom 25. September den Antrag, den 57-jährigen Walter Angst als Kandidaten zu nominieren, wie es in einer Mitteilung von gestern heisst.

Angst lebt und arbeitet in Zürich, er leitet die Kommunikation des Mieterinnen- und Mieterverbands des Kanton Zürich. Seit 2002 ist er Gemeinderat der AL in Zürich. Zudem engagiert er sich in der Menschenrechtsgruppe Augenauf.

Die Regierungswahlen finden am 24. März 2019 statt. Bei der SVP tritt Baudirektor Markus Kägi nicht mehr an, bei der FDP verzichtet Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger auf eine erneute Kandidatur. Wie die SVP will auch die FDP ihren zweiten Sitz halten. Die SP geht mit ihren beiden bisherigen Regierungsräten ins Rennen, die CVP mit ihrer Regierungsrätin. Im Wahlkampf werden auch EDU, EVP, BDP, GLP und Grüne mit je einer Kandidatur mitmischen. sda

Sechs Kilo Bushmeat im Koffer

FLUGHAFEN Sechs Kilogramm Fleisch von Krokodilen, Stachelschweinen und Schuppentieren sind letzte Woche von der Eidgenössischen Zollverwaltung am Flughafen Zürich beschlagnahmt worden. Es wurde vernichtet. Gefunden worden war es im Koffer eines 43-jährigen Kameruners

mit Wohnsitz in der Schweiz. Er war aus Kamerun über Brüssel eingereist, wie die Eidgenössische Zollverwaltung gestern mitteilte. Wer Fleisch von wild lebenden Tieren importiert, verstösst sowohl gegen seuchenpolizeiliche Vorschriften als auch gegen Artenschutzbestimmungen. sda

CVP «selbstbewusst genug» zum Unterschriftensammeln

VOLKSINITIATIVE Die CVP will den Kanton Zürich stärker in die Pflicht nehmen. Sie fordert, er solle gleich viel an die Prämienverbilligung bezahlen wie der Bund.

Die ersten Unterschriften wurden bereits am Freitagmorgen gesammelt: Die CVP hat ihre Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» lanciert. Ziel der Vorlage ist, dass der Kanton Zürich gleich viel in den Topf der Prämienverbilligung einbezahlt wie der Bund – also 100 Prozent. Dies könnte zu Mehrkosten von 90 Millionen Franken für den Kanton führen.

Im Zuge von Sparmassnahmen wurde 2012 der kantonale Beitrag an die Prämienverbilligung auf 80 Prozent reduziert. Kantonsrat Lorenz Schmid (CVP, Meilen) sprach gestern vor den Medien von einem «sozialpolitischen Scherbenhaufen». Gespart werde nämlich auf dem Rücken der sozial Schwächeren. Die Reduktion der Beiträge führte seit 2012 dazu, dass «der untere Mittelstand keine Unterstützung mehr erhält», wie Kantonsrat Josef Widler (CVP, Zürich) sagt. Auch der anwesende Nationalrat Philipp Kutter fand klare Worte dafür, dass der Kanton Zürich seinen Finanzhaushalt auf dem Rücken der ärmeren Be-

völkerung saniert: «Er stiehlt sich aus seiner sozialpolitischen Verantwortung.»

Paralleles Ausfechten

Die Prämienverbilligungen sind derzeit auch Gegenstand von Diskussionen in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG). Dort wird die Revision des Krankenversicherungs-gesetzes beraten, worin auch die Prämienverbilligung geregelt ist. Ursprünglich wollte die Regierung ihre Beiträge an die Prämienverbilligung von aktuell 80 auf 70 Prozent senken und damit 40 Millionen Franken sparen. Zuerst sprang die GLP von diesem Sparpunkt ab, dann folgte vor einem Monat die SVP. SP, Grüne und AL kämpften seit Beginn der Gesetzesrevision für Mehrausgaben bei den Beiträgen an die Prämienverbilligungen. Damit dürfte die Vorlage von Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) im Kantonsrat nicht mehr mehrheitsfähig sein.

Hinsichtlich der anderen Punkte, die die Prämienverbilligungen betreffen, ist Heinigers Vorlage weitgehend unbestritten. So sollen künftig junge Erwachsene von vermögenden Eltern keine Verbilligungen mehr erhalten können. Künftig soll das

Familieneinkommen bei der Einschätzung relevant sein. Auch Hauseigentümer sollen künftig nicht mehr in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen dürfen. Sie können ihr Einkommen nämlich mit Sanierungsabzügen künstlich tief halten.

Sechs Monate Zeit

Obwohl sich die SP bereits im August für den CVP-Antrag in der parlamentarischen Kommission ausgesprochen wie auch Unterstützung der nun lancierten Volksinitiative zugesagt hat, überrascht der Alleingang der Mittepartei. «Wir sind selbstbewusst genug», kommentiert Schmid den Entscheid. Die Partei hat nun sechs Monate Zeit, die benötigten 6000 Unterschriften zu sammeln.

Hinsichtlich der Gesundheitskosten läuft kantonal wie national viel. Die CVP Schweiz lancierte Anfang Jahr eine Volksinitiative für eine «Kostenbremse im Gesundheitswesen». Erst am Donnerstag hat die SP Schweiz eine Idee präsentiert, welche die Krankenkassenprämien bei Personen mit tiefem Einkommen auf maximal zehn Prozent des Gesamtlohnes begrenzen soll. Im Dezember entscheidet die Partei, ob sie diese auch tatsächlich lancieren will. Lina Giusto

SVP nominiert Landmann

WAHLEN Der bekannte Anwalt Valentin Landmann ist von der SVP-Kreispartei 7+8 nun doch für die Zürcher Kantonsratswahlen vom März 2019 nominiert worden. Die Partei setzte ihn als «Zugpferd» auf den ersten Platz der Liste. Valentin Landmann sei an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung am Donnerstagabend einstimmig gewählt worden, teilte die SVP-Kreispartei mit.

Bereits im März dieses Jahres hatte der 68-jährige Anwalt eine entsprechende Anfrage der Kreispartei angenommen. Damals wurde er jedoch noch nicht offiziell nominiert, da dies einigen zu schnell ging. Zudem wollte die kantonale SVP zuerst eine Gesamtstrategie über alle 18 Wahlkreise erarbeiten.

Im Frühjahr sagte Landmann, dass er kein Parteisoldat sei, er werde parteiintern schon seine «Schnorre» aufreissen. Gefällte Entscheide werde er dann aber selbstverständlich mittragen.

Nicht mehr nominiert wurde Nina Fehr Düsel, die den einzigen SVP-Sitz im Kreis 7+8 hält. Sie wohnt inzwischen aber nicht mehr in der Stadt Zürich, sondern im Bezirk Meilen. sda

Darüber wird abgestimmt

Im Kanton Zürich wird am Sonntag, 23. September, über folgende Vorlagen abgestimmt:

Initiative fordert Wildhüter statt Jäger

Im Kanton Zürich sind heute lokale Jagdgesellschaften für die Hege und Pflege der Wildtiere zuständig. Die Initianten möchten anstelle der Milizjagd ein System mit staatlich angestellten Wildhüterinnen und Wildhütern einrichten. Der Wildtierbestand soll sich natürlich regulieren. pag

Ja: –
Nein: SVP, SP, FDP, Grüne, GLP, CVP, EVP, BDP, EDU, AL

Initiative will Film und Medien fördern

Die Volksinitiative will kantonale Mittel für die Film- und Medienförderung gesetzlich verankern. Die Initianten betonen die gesellschaftliche Bedeutung des Filmschaffens. Auf der anderen Seite stünden für die Filmproduktion lediglich vier Prozent der Kulturfördermittel zur Verfügung. Das sei nicht ausgewogen. pag

Ja: SP, Grüne, EVP, AL
Nein: SVP, FDP, GLP, CVP, BDP, EDU

Limmattalbahnhof nur bis Schlieren

Die erste Etappe der Limmattalbahnhof zwischen Zürich-Altstetten und Schlieren wird bereits gebaut und im September 2019 eröffnet. Die Bauarbeiten für die Fertigstellung der Limmattalbahnhof bis Killwangen-Spreitenbach sollen Mitte August 2019 starten. Mit der Initiative «Stoppt die Limmattalbahnhof – ab Schlieren!» wollen die Initianten die zweite Etappe verhindern. pag

Ja: –
Nein: SVP, SP, FDP, Grüne, GLP, CVP, EVP, BDP, EDU, AL